

Solidarität mit Griechenlands Werktätigen, Erwerbslosen, Jugendlichen und Rentner_innen!



Gegen die Lügen und die Hetze deutscher Medien!

In den letzten Wochen haben wieder Zehntausende Griech_innen – Junge und Alte, Arbeiter_innen und Erwerbslose – gegen die „Spar“-Maßnahmen der griechischen Regierung protestiert. Sie haben genug von einer Regierung, die die Lasten der Nachwirkungen der globalen Finanzkrise und die Folgen der inner-europäischen Außenhandels-Ungleichgewichte auf die Werktätigen, die Arbeitslosen, die junge Generation und die Rentner_innen abwälzt! Denn wer hierzulande glaubt, auch die Millionäre und Multimillionäre Griechenlands würden „ihren Beitrag“ leisten, um Griechenland zu „sanieren“, irrt gewaltig!

Zahllose Lügen wurden innerhalb des letzten Jahres in der bürgerlichen Presse in Deutschland über die angeblich „faulen Griechen“ verbreitet – beispielsweise, dass die Griechen_innen im Alter von ca. 50 Jahren in Rente gehen würden. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel beteiligte sich eifrig an der billigen Polemik gegen die griechische Bevölkerung. So sagte sie z.B. am 17. Mai 2011 auf einer Kundgebung, bei der sie die sprichwörtlich „fleißigen Deutschen“ den „faulen Griechen“ – denen „wir“ das Geld nicht in den Rachen schmeißen dürften – gegenüberstellte, folgendes: „Es geht auch darum, dass man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland, sondern dass alle sich auch ein wenig gleich anstrengen – das ist wichtig [...] Wir können nicht eine Währung haben und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig. Das geht auf Dauer auch nicht zusammen. [...] Deutschland hilft nur dann, wenn sich die anderen anstrengen.“¹

Diesem durchsichtigen Populismus möchten wir einige Fakten gegenüberstellen:

1 Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=9488>

- Laut Eurostat beträgt das **effektive Renteneintrittsalter** in der Bundesrepublik Deutschland 62,6 Jahre. In Griechenland liegt dieser Wert mit 62,3 Jahren nur minimal unter dem deutschen Wert.²
- Nach den Angaben des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft beträgt der gesetzliche **Mindesturlaub** in Deutschland 24 Tage, hinzu kommen 10,5 **Feiertage**. In Griechenland beträgt der gesetzliche Mindesturlaub 23 Tage, wobei 10 Feiertage hinzukommen.³
- Laut OECD beträgt die **durchschnittliche Jahresarbeitszeit** der deutschen Erwerbstätigen 1.390 Stunden.⁴ Die griechischen Arbeitnehmer_innen arbeiten im Durchschnitt jedoch 2.119 Stunden pro Jahr und führen damit die europäische Rangliste an! Auch in Portugal und Spanien liegen die Werte übrigens deutlich über der Arbeitszeit deutscher Arbeitnehmer_innen.⁵
- Die Frankfurter Rundschau schrieb kürzlich: „Das **Lohnniveau** liegt bei 73 Prozent, die **Renten** sogar nur bei 55 Prozent des EU-Durchschnitts. Jeder vierte Grieche verdient weniger als 750 Euro im Monat, jeder fünfte Haushalt lebt unterhalb der **Armutsschwelle**.“⁶

Zwischen 2000 und 2007 sank die Staatsverschuldung Griechenlands gemessen am BIP; die Wirtschaft wuchs um durchschnittlich über 4 % jährlich; außerdem sank die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum.

2 Eurostat – Zahlen für 2009.

3 iwd, Nr. 43/2009.

4 Dieser relativ niedrige Wert liegt allerdings z.T. auch im hohen Anteil der Teilzeitarbeit in der BRD begründet.

5 Quelle: OECD Employment Outlook 2010 – Zahlen für 2009.

6 <http://www.fr-online.de/wirtschaft/krise/kein-volk-von-fruehrentnern-und-faulenzern/-/1471908/2688514/-/index.html>



Dann kam die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise – die Wirtschaft brach ein, die Arbeitslosigkeit stieg über den Wert des Jahres 2000 und die Staatsverschuldung nahm entsprechend deutlich zu; 20 % der Bevölkerung leben seitdem in Armut oder sind akut von Armut bedroht. „Ein ganzes Jahr hat Griechenland gespart, Löhne, Renten und Sozialtransfers gekürzt und öffentliche Ausgaben massiv zurückgefahren. Laut OECD hat kein anderes Industrieland in den letzten 25 Jahren so viel in einem Jahr gespart.“⁷ Nun sollen die staatlichen Ausgaben noch weiter gesenkt werden; außerdem sind zahlreiche Privatisierungen von Staatseigentum geplant (beispielsweise sollen staatliche Häfen privatisiert werden, was zwar einmalig etwas Geld in die Staatskasse spült, langfristig jedoch zum Verlust der hieraus resultierenden staatlichen Einnahmen führt).

Der „sozialistische“ Ministerpräsident Papandreou möchte seinen „Spar“-Kurs als eine „nationale Kraftanstrengung“ verstanden wissen, der sich die Griechen nun „gemeinsam“ stellen müssten. Hinter dieser perfiden Taktik steht die Absicht, einen nationalen „Konsens“ suggerieren zu können, der den berechtigten Protest weiter Teile der griechischen Bevölkerung gegen das imperialistische Programm von EU, Internationalem Währungsfond und EZB „befrieden“, also zum Verstummen bringen soll! Was soll das überhaupt für eine „nationale Einheit“ sein, bei der die krasse soziale Ungleichheit durch die nunmehr beschlossenen Maßnahmen – im „nationalen Interesse“, versteht sich – noch weiter verschärft werden wird? Es kann in einer kapitalistischen Klassengesellschaft, in der das Interesse des Kapitals über allem steht, kein „nationales Interesse“ geben! Schon Friedrich Engels wusste, dass der bürgerliche Staat zuvorderst die Funktion eines „ideellen Gesamtkapitalisten“ ausübt.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen, also unter kapitalistischen Verhältnissen, wird das „Sparen“ „der Griechen“ zu einer weiter sinkenden Kaufkraft der griechischen Bevölkerung und somit nur zur weiteren Vertiefung der Krise führen. Selbst innerhalb der herrschenden Verhältnisse wird nur eine massive Umverteilung des Reichtums von den griechischen Eliten auf die Masse der Menschen die nötige Binnenkaufkraft ausreichend stärken können, damit die griechische Wirtschaft sich „erholen“ kann.

Zugleich müssen die europäischen Banken – die vom Ausverkauf Griechenlands, d.h. den Zinszahlungen des griechischen Staates profitieren – auf die Schulden des griechischen Staates verzichten. Des Weiteren müsste die Massenkaufkraft in der BRD gesteigert werden, um langfristig die großen Handelsbilanz-Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und den südeuropäischen Ländern auszugleichen. Damit könnte das Schlimmste, nämlich eine weitgehende Verarmung vieler Griech_innen – die die europäischen Banken und die Regierungen des Euro-Raums mit ihrem Verhalten wissentlich und willentlich beschleunigen – verhindert werden. Eine wirkliche Lösung der gesellschaftlichen Konflikte, der wachsenden sozialen Ungleichheit sowie der wirtschaftlichen Krisen könnte freilich – sowohl in Griechenland wie im Rest Europas – nur durch eine von den Massen getragene sozialistische Umwälzung erreicht werden! Wir erklären uns daher solidarisch mit den engagierten Kämpfern der kommunistischen Gewerkschaft Griechenlands (PAME) und der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE), die als einzige gesellschaftliche Kräfte nicht nur den legitimen Protest der Menschen unterstützen, sondern auch konsequent klassenkämpferische Positionen vertreten.

Glauht nicht, was die bürgerlichen Medien euch erzählen – ob Bild-Zeitung, FAZ, „Pro 7-Nachrichten“ oder „Tagesschau“! Recherchiert selbst die Fakten, um ein genaueres Bild der politischen und wirtschaftlichen Lage in Griechenland und ganz Europa zu erhalten!

Seien wir solidarisch mit der griechischen Bevölkerung, die schon längst genug Opfer gebracht hat im Zuge einer Krise, die sie nicht verursacht hat.

Hoch die internationale Solidarität!



⁷ Quelle: „Klartext“ Nr. 22 / 2011 (14.06.2011), hg. vom DGB-Bundesvorstand, Abt. Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik.

